

Große Anfrage

der Abgeordneten Gisela Piltz, Ina Lenke, Patrick Döring, Gudrun Kopp, Dr. Max Stadler, Dr. Volker Wissing, Dr. Christel Happach-Kasan, Patrick Meinhardt, Frank Schäffler, Christoph Waitz, Martin Zeil, Jens Ackermann, Marina Schuster, Angelika Brunkhorst, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Jan Mücke, Dirk Niebel, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Dr. Claudia Winterstein, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Lage der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland

Die kommunale Selbstverwaltung ist das Herzstück unserer Demokratie. Artikel 28 Abs. 2 des Grundgesetzes (GG) verleiht den Kommunen das Recht „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verwaltung zu regeln“. Die kommunale Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Verantwortung.

Zu den besorgniserregenden Entwicklungen der vergangenen Jahre gehört die spürbare Einschränkung der Handlungsspielräume der kommunalen Gebietskörperschaften infolge finanzieller Auszehrung. Die gewaltigen Defizite der Städte und Gemeinden und das niedrige Niveau der Investitionen belegen, wie gering die finanziellen Spielräume der meisten Kommunen in Deutschland sind. Der aktuelle Gemeindefinanzbericht des Deutschen Städtetages verdeutlicht, dass die Kassenkredite der Kommunen explodiert sind. 1992 lagen die Kassenkredite noch bei 1,2 Mrd. Euro, Ende 2004 waren es 20,2 Mrd. Euro. Allein in den vergangenen vier Jahren stiegen die Kassenkredite um 12 Mrd. Euro. Dagegen sind die Ausgaben für Investitionen in den Kommunalhaushalten dramatisch abgerutscht. Sie liegen inzwischen um über 40 Prozent niedriger als 1992. Im Jahr 2004 beliefen sie sich auf 19,7 Mrd. Euro, 1992 waren es noch 33,5 Mrd. Euro. Die Sozialausgaben der Kommunen kletterten dafür dramatisch in die Höhe. Seit 1992 stiegen die Sozialausgaben trotz der Entlastungen durch die Einführung der Pflegeversicherung um mehr als 45 Prozent. Allein in den vergangenen vier Jahren erhöhten sie sich um fast 5,7 Mrd. Euro auf 31,9 Mrd. Euro.

Die Angaben verdeutlichen, dass die Wurzeln unseres Gemeinwesens in Gefahr sind, wenn die Handlungs- und Gestaltungsfreiheit der Kommunen weiter aus-

gehöhlt wird. Der Bund steht in der Pflicht, das kommunale Selbstverwaltungsrecht zu gewährleisten, damit die Kommunen auch in Zukunft noch gesellschaftliche Veränderungen gestalten, wirtschaftliche Dynamik ermöglichen und soziale Herausforderungen, z. B. im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung und bei der Integration, bewältigen können. Es geht darum, dass unsere Kommunen lebenswert bleiben.

Wir fragen die Bundesregierung:

I. Zur finanziellen Lage der Kommunen

1. Wie hat sich die Anzahl der unausgeglichene Haushalte der kommunalen Gebietskörperschaften in den Jahren 1998 bis 2005, aufgegliedert nach Ländern und Gebietskörperschaftsgruppen, entwickelt?
2. Wie haben sich die Kassenkredite zur Aufrechterhaltung der Liquidität in den Jahren 1998 bis 2005, aufgegliedert nach Ländern und Gebietskörperschaftsgruppen, entwickelt?
3. Wie entwickelte sich der Gesamtfehlbetrag der kommunalen Gebietskörperschaften, aufgegliedert nach Ländern und Gebietskörperschaftsgruppen, in den Jahren 1998 bis 2005?
4. Wie entwickelte sich der Gesamtbetrag der allgemeinen Rücklagen der kommunalen Gebietskörperschaften, aufgegliedert nach Ländern und Gebietskörperschaftsgruppen, in den Jahren 1998 bis 2005?
5. Wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung?
6. In welchem Umfang wurden seit 1998 Fördermittel des Bundes und der Europäischen Union an die kommunalen Gebietskörperschaften, aufgliedert nach Bund und Europäischer Union sowie Ländern und kommunalen Gebietskörperschaftsgruppen, weitergeleitet?
7. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Verbesserung der Einnahmemöglichkeiten für die Kommunen ohne zusätzliche Belastungen des Bürgers?
8. Wie hat sich die Investitionstätigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften, aufgegliedert nach Ländern und kommunalen Gebietskörperschaftsgruppen sowie nach Bau- und sonstigen Investitionsmaßnahmen, seit 1998 entwickelt?
9. Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, wie sich die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf der Ebene der kommunalen Gebietskörperschaften, aufgeschlüsselt nach Ländern und kommunalen Gebietskörperschaftsgruppen sowie nach Beamten und Angestellten, entwickelt hat, und wenn ja, wie sieht die Entwicklung aus?
10. Wie stellt sich diese Entwicklung im Vergleich zu den Landes- und Bundesbediensteten dar?
11. Welchen Anteil haben Teilzeitbeschäftigte am Personalbestand in den kommunalen Verwaltungen?
12. Wie viel Personal ist derzeit in Kapitalgesellschaften, die ausschließlich oder überwiegend in kommunalem Eigentum stehen, aufgegliedert nach Ländern und Gebietskörperschaftsgruppen, beschäftigt?
13. Wie haben sich die durchschnittlichen Personalkosten in den kommunalen Gebietskörperschaften, aufgegliedert nach Ländern und Gebietskörperschaftsgruppen, seit 1998 in absoluten Zahlen wie in ihrem Anteil an den Gemeindehaushaltskosten entwickelt?

14. Wie hoch ist der Personalkostenanteil der Länder und Gebietskörperschaften an „vorschulischen Kinderbetreuungseinrichtungen“ (Krippen, Horte, Kindergärten, Kindertagesstätten etc.) und wie hat er sich, aufgegliedert nach Ländern und Gebietskörperschaftsgruppen, seit 1998 in absoluten Zahlen sowie in seinem Anteil an den Gemeindehaushaltskosten entwickelt?
15. Wie hoch ist der kommunale Personal- und Sachkostenanteil an schulischen Einrichtungen einschließlich Ganztagschulen, und wie hat er sich, aufgegliedert nach Ländern, seit 1998 in absoluten Zahlen sowie in seinem Anteil an den kommunalen Haushaltskosten entwickelt?
16. Wie hoch ist der kommunale Personal- und Sachkostenanteil an Weiterbildungseinrichtungen, insbesondere Volkshochschulen, und wie hat er sich, aufgegliedert nach Ländern, seit 1998 in absoluten Zahlen sowie in seinem Anteil an den kommunalen Haushaltskosten entwickelt?
17. Welche Mehrausgaben für die kommunalen Gebietskörperschaften verursachten die linearen Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst seit 1998?
18. Durch welche Leistungsgesetze, anderen Gesetze und Verordnungen des Bundes wurden seit 1998 den Kommunen zusätzliche Aufgaben übertragen?
19. Was waren die Gründe hierfür?
20. Durch welche Gesetze und Verordnungen des Bundes kam es seit 1998 zu einem Abbau von Aufgabenübertragungen?
21. Wie hoch sind die finanziellen Mehrbelastungen der kommunalen Gebietskörperschaften durch diese Aufgabenübertragungen?
22. Wie hoch sind die Entlastungen durch den Abbau von Übertragungen?
23. Durch welche Gesetze und Verordnungen des Bundes, auf die sich die Koalitionspartner der Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag verständigt haben oder an denen die Bundesregierung derzeit arbeitet bzw. die sie plant, werden welche weiteren Aufgaben auf die Kommunen übertragen werden?
24. Wie hoch werden nach Einschätzung der Bundesregierung die dadurch entstehenden Mehrbelastungen sein?
25. Durch welche geplanten Gesetze und Verordnungen des Bundes werden Aufgaben der Kommunen nach dem Willen der Bundesregierung in welchen Bereichen abgebaut?
26. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die dadurch entstehenden Entlastungen ein?
27. In welchen Bereichen wurden in den Kommunalverwaltungen auf Grund neuer gesetzlicher Aufgabenübertragungen Personaleinstellungen bzw. Personalaufstockungen vorgenommen?
28. Wie entwickelten sich die landesdurchschnittlichen Realsteuerhebesätze der kommunalen Gebietskörperschaften in der Zeit von 1998 bis 2005, aufgegliedert nach Grundsteuer A und B sowie Gewerbesteuer?
29. Wie viele kommunale Gebietskörperschaften, aufgegliedert nach Ländern und Gebietskörperschaftsgruppen, erhöhten jeweils in den Jahren 1998 bis 2005 ihre Realsteuerhebesätze, aufgegliedert nach Grundsteuer und Gewerbesteuer?
30. Wie beurteilt die Bundesregierung die Bedeutung der Gewerbesteuer als Finanzierungsinstrument?

31. Wie hoch ist die Anzahl der in den Jahren 1998 bis 2005 vorgelegten Haushaltssicherungskonzepte, aufgegliedert nach Ländern und kommunalen Gebietskörperschaftsgruppen, wie viele davon wurden genehmigt, wie viele nicht genehmigt, und wenn keine Genehmigung erteilt wurde, warum nicht?
32. Wie beurteilt die Bundesregierung die Geeignetheit eines Haushaltssicherungskonzepts zur Verbesserung der Finanzsituation einer Kommune?
33. Wie hoch beziffert die Bundesregierung die derzeitige Verschuldung der kommunalen Gebietskörperschaften?
34. Wie hoch war der durchschnittliche Schuldenstand je Einwohner zum letzten verfügbaren Datum, aufgeschlüsselt nach Ländern und kommunalen Gebietskörperschaftsgruppen?
35. Wie beurteilt die Bundesregierung die derzeitige Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften?
36. Wie haben sich die Aufwendungen der kommunalen Gebietskörperschaften für soziale Leistungen in den Jahren 1998 bis 2005, aufgeschlüsselt nach Ländern und Gebietskörperschaftsgruppen, entwickelt?
37. Wie haben sich die mit den Ausgaben der kommunalen Gebietskörperschaften für soziale Leistungen in Verbindung stehenden Kosten für Personalausgaben in der Zeit von 1998 bis 2005, aufgeschlüsselt nach Ländern und Gebietskörperschaftsgruppen, entwickelt?
38. Hält die Bundesregierung weitere Veränderungen im Bereich der sozialen Leistungen für notwendig, insbesondere zum Abbau von Missbrauchs- und Mitnahmeeffekten?
39. Wenn ja, welche, wenn nein, warum nicht?
40. Wie viele und welche Kommunen haben nach Kenntnis der Bundesregierung Mittel aus dem Solidarpakt bekommen?
41. Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass es sich bei den jetzigen Haushaltskonsolidierungs- bzw. -sicherungskonzepten der Kommunen um taugliche Instrumente zur Sicherung der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen und damit zur Absicherung des verfassungsrechtlich garantierten Rechts der kommunalen Selbstverwaltung im Sinne von Artikel 28 Abs. 2 des Grundgesetzes handelt, und wie begründet die Bundesregierung ihre diesbezügliche Auffassung?
42. Was ist der Grund dafür, dass die Bundesländer solche juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die ihrer Aufsicht unterstehen, z. B. Kommunen, gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 2 der Insolvenzordnung vom Insolvenzverfahren ausschließen können?
43. Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass diese Gründe in Anbetracht der dramatischen Finanzlage vieler Kommunen und in Anbetracht der Tatsache, dass sich Kommunen heute vielfach selbst wirtschaftlich betätigen sowie nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden, unverändert gültig sind?
44. Wäre eine beschränkte Insolvenzfähigkeit für Kommunen nach Ansicht der Bundesregierung mit dem in Artikel 28 Abs. 2 des Grundgesetzes verfassungsrechtlich garantierten Recht der kommunalen Selbstverwaltung vereinbar, insbesondere im Hinblick auf die Rechte eines Insolvenzverwalters in Abgrenzung zu denen der Gemeindevertretung?

45. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Kommunen zusätzliche Spielräume für die Besoldung ihres beamteten Personals nach ihren eigenen Bedürfnissen und auch finanziellen Möglichkeiten erhalten sollten, und wie begründet sie ihre diesbezügliche Auffassung?
46. Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, das Bezahlungssystem innerhalb des bestehenden bundesweit einheitlichen Rechtsrahmens für die Besoldung und Versorgung zu flexibilisieren?
47. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, welche Erfahrungen in den Ländern mit Formen des Neuen Kommunalen Finanzmanagement gemacht wurden?
48. In welchen Ländern wurden Kommunen hierzu verpflichtet?
49. Beabsichtigt die Bundesregierung die Einführung auch für Behörden des Bundes, wenn ja, wann, wenn nein, warum nicht?
50. Sind der Bundesregierung Kommunen bekannt, die Überschüsse erwirtschaften, wenn ja, welche, aufgeschlüsselt nach der Größe der Kommunen?

II. Kommunen als Wirtschaftsstandort

51. In welcher Größenordnung wurden in den kommunalen Gebietskörperschaften, aufgeschlüsselt nach Ländern und Gebietskörperschaftsgruppen, in den Jahren 1998 bis 2005 Flächen für die Ansiedlung von Gewerbe und Industrie in erschlossenem Zustand bereitgestellt?
52. In welchem Umfang werden Gewerbe- bzw. Industrieansiedlungsflächen derzeit erschlossen, aufgeschlüsselt nach Ländern und kommunalen Gebietskörperschaftsgruppen?
53. Welche Infrastrukturmaßnahmen sind in den kommunalen Gebietskörperschaften, aufgeschlüsselt nach Ländern und kommunalen Gebietskörperschaftsgruppen, in den Jahren 1998 bis 2005 zur Verbesserung der Standortfaktoren der Wirtschaft realisiert worden?
54. Welche Infrastrukturmaßnahmen werden derzeit realisiert?
55. Welche Maßnahmen zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren wurden in der Zeit von 1998 bis 2005 ergriffen?
56. Welche Maßnahmen zur Förderung von Existenzgründungen wurden in der Zeit von 1998 bis 2005 ergriffen?
57. Welche Maßnahmen zur Förderung von Unternehmensansiedlungen wurden in der Zeit von 1998 bis 2005 ergriffen?
58. Welche finanzpolitischen Maßnahmen und welche baurechtlichen Regelungen wurden in der Zeit von 1998 bis 2005 getroffen, um den Investitionsstau der kommunalen Gebietskörperschaften im Bereich der städtischen Wirtschafts- und Verkehrsinfrastruktur aufzubrechen?
59. Welche Maßnahmen dieser Art sind gegenwärtig geplant?
60. Hält die Bundesregierung die bereits getroffenen und die noch zu treffenden Maßnahmen zur Auflösung des Investitionsstaus für ausreichend?
61. Wenn ja, warum, wenn nein, warum nicht?
62. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit kommunaler Gebietskörperschaften im europäischen Vergleich, insbesondere die Attraktivität kommunaler Gebietskörperschaften als Standort für multinationale Unternehmen?

63. Welche Maßnahmen wurden in der Zeit von 1998 bis 2005 getroffen, um die kommunalen Gebietskörperschaften von bürokratischen Auflagen und übermäßigen Regulierungen zu entlasten?
64. Wie haben sich die Maßnahmen auf die Ausgaben der Kommunen ausgewirkt?
65. Welche konkreten Arbeitersparnisse konnten bei den Kommunen hierdurch erzielt werden?
66. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um durch den Abbau von Leistungsstandards und Ausstattungsvorschriften die kommunalen Haushalte zu entlasten?
67. Welche weiteren Maßnahmen sind derzeit geplant, um durch Entbürokratisierung die kommunale Selbstverwaltung zu stärken?
68. Wie hat sich der Umfang der erwerbswirtschaftlichen Betätigung der kommunalen Gebietskörperschaften in den Jahren 1998 bis 2005 entwickelt?
69. Sieht die Bundesregierung gesetzgeberischen Handlungsbedarf, z. B. beim Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), um die erwerbswirtschaftliche Betätigung der kommunalen Gebietskörperschaften einzudämmen?
70. Wenn ja, welchen, wenn nein, warum nicht?
71. Welche Maßnahmen wurden in den Jahren 1998 bis 2005 getroffen, um den Wandel kommunaler Gebietskörperschaften von Industrie- zu Dienstleistungsstandorten zu gestalten?
72. Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit Modellen der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft im Bereich der Sanierung, Bewirtschaftung und Finanzierung von öffentlichen Gebäuden (sog. Public-Private-Partnerships – PPP), und inwiefern hält die Bundesregierung derartige Modelle auch in Einrichtungen der Kommunen für praktikabel?
73. Welches sind die Hauptanwendungsfelder für PPP-Vorhaben in Kommunen?
74. Liegen der Bundesregierung bereits Erkenntnisse über die Auswirkungen des Gesetzes zur Beschleunigung der Umsetzung von Öffentlich Privaten Partnerschaften und zur Verbesserung gesetzlicher Rahmenbedingungen für Öffentlich Private Partnerschaften in den Kommunen vor, wenn ja, welche?
75. Wie bewertet die Bundesregierung die mit der Errichtung von Modellregionen gemachten Erfahrungen in Bezug auf Bürokratieabbau, Erleichterung unternehmerischen Handelns, Förderung von Existenzgründungen und wirtschaftliche Entwicklung in den Kommunen?
76. Wie viele Regionen haben sich an dem Projekt „Bürokratieabbau von unten“ beteiligt, wie viele Vorschläge haben sie vorgelegt, und welche Vorschläge hat die Bundesregierung bereits umgesetzt bzw. wird sie umsetzen?
77. Wie unterstützt die Bundesregierung die touristische Entwicklung von Kommunen?
78. Was unternimmt die Bundesregierung, um deutsche Kommunen und Regionen für internationale Besucher attraktiv zu machen?
79. Was unternimmt die Bundesregierung, um den Tourismus insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen zu fördern?

80. Was unternimmt die Bundesregierung, um nachhaltigen Tourismus in Küstenregionen bzw. Naturschutzgebieten zu fördern?

81. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, wie sich die Ausgaben der Kommunen für die Tourismusförderung entwickelt haben?

III. Demografischer Wandel

82. Wie stellt sich die Bevölkerungsentwicklung in den kommunalen Gebietskörperschaften, gestaffelt nach Siedlungsstrukturtypen und Regionen, in den letzten 20 Jahren dar?

83. Wie ist die jeweilige Bevölkerungsprognose bis ins Jahr 2020?

84. Wie stellt sich die Entwicklung in der Altersstruktur in kommunalen Gebietskörperschaften, gestaffelt nach Siedlungsstrukturtypen und Regionen, in den letzten 20 Jahren dar?

85. Wie ist die Prognose für die Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung in den kommunalen Gebietskörperschaften, gestaffelt nach Siedlungsstrukturtypen und Regionen, bis ins Jahr 2020?

86. Welche Auswirkungen hatten die vorgenannten Entwicklungen auf die finanzielle Situation der kommunalen Gebietskörperschaften?

87. Welche Auswirkungen werden die Veränderungen auf die finanzielle Situation der kommunalen Gebietskörperschaften haben?

88. Welche Handlungsnotwendigkeiten ergeben sich hieraus aus Sicht der Bundesregierung für die kommunale Infrastrukturanpassung im Sozial-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Schul-, Weiterbildungs-, Sport- und Kulturbereich?

89. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bereits getroffen und welche wird sie treffen, um ihren Beitrag zur Bewältigung des demografischen Wandels in den kommunalen Gebietskörperschaften zu leisten?

IV. Ehrenamt und Kommune

90. Wird die Bundesregierung die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Stärkung des kommunalen Ehrenamts verbessern, und wenn ja, wie?

91. Plant die Bundesregierung weitere Maßnahmen, um einen Beitrag des Bundes zur Belebung und Förderung kommunalpolitischen Engagements zu leisten?

92. Wenn ja, welche, wenn nein, warum nicht?

93. Welche Bedeutung hat nach Ansicht der Bundesregierung bürgerschaftliches Engagement für ein lebendiges Gemeinwesen und das Zusammenleben der Menschen in den Kommunen?

94. Was plant die Bundesregierung hinsichtlich der so genannten Helfercard für alle ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Zivil- und Katastrophenschutz?

95. Welchem Zweck soll die Helfercard dienen?

96. Wie wird die Helfercard finanziert?

V. Stadtentwicklung

97. Welche Auswirkungen hat nach Einschätzung der Bundesregierung die Abschaffung der Eigenheimzulage auf die private Bautätigkeit in den einzelnen Kommunen?

98. Wie wird die Bundesregierung den privaten Eigenheimbau zukünftig fördern?
99. In welcher Weise soll die Arbeit des Bundesministeriums für Verkehr-Bau und Stadtentwicklung den durch die Umbenennung des Hauses betonten Aspekt der Stadtentwicklung widerspiegeln?
100. Wie viele Wohnungen befinden sich bundesweit insgesamt in kommunaler Hand?
101. Wie hoch ist davon der Anteil der Wohnungen, die leer stehen?
102. Wie bedeutsam ist nach Ansicht der Bundesregierung das Problem von Leerständen gewerblicher Immobilien im Innenstadtbereich, und wie wirkt es sich auf die wirtschaftliche Entwicklung der Kommunen aus?
103. In welchen Kommunen treten diese Leerstände besonders häufig bzw. besonders selten auf?
104. Wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeit der Kommunen, durch den Verkauf des kommunalen Wohnungsbestandes Verbindlichkeiten abzubauen?
105. Wie bewertet die Bundesregierung die Fortschritte der Programme „Stadtumbau Ost“, „Stadtumbau West“ und „Soziale Stadt“?
106. In welchem Umfang sollen die für das Programm „Soziale Stadt“ um 40 Mio. Euro aufgestockten Mittel in nichtinvestive Modellvorhaben fließen?
107. Werden für das Programm „Soziale Stadt“ gegenüber den nichtinvestiven Vorhaben die Investitionen zukünftig weniger stark gefördert?
108. Wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeit, durch die Zusammenlegung der mit den einzelnen Programmen befassten Bundestransferstellen Einsparungen zu erzielen?
109. Wie beurteilt die Bundesregierung die Errichtung von Business Improvement Districts (BID), einem Stadtentwicklungsmodell zur Revitalisierung innerstädtischer Quartiere, die auf der Eigeninitiative der lokalen Wirtschaft beruht?
110. Welche organisatorischen Hilfen und speziellen Fördermittel sind besonders für die Standortkommunen im ländlichen Raum und in strukturschwachen Regionen vorgesehen, die die Hauptlast der Standortschließungen bzw. Standortreduzierungen bei der Bundeswehrreform zu tragen haben und hinsichtlich der Nachnutzung von Militärflächen, der beruflichen Zukunft der Zivilbediensteten und der Planungssicherheit für soziale, schulische und kulturelle Angebote sowie kommunale Infrastruktureinrichtungen vor großen Herausforderungen stehen?

Plant die Bundesregierung, bundeseigene Liegenschaften, die bisher von der Bundeswehr genutzt wurden, an die betreffenden Städte und Gemeinden abzugeben, wenn ja, welche, und zu welchen Bedingungen?

VI. Kultur und Sport

111. Wie schätzt die Bundesregierung die gegenwärtige kulturelle Situation und die Angebotsstruktur in den Kommunen ein?
112. Welchen Stellenwert räumt die Bundesregierung der freien Kultur in den Städten und Gemeinden ein?
113. Welche Pläne hat die Bundesregierung, die freie Kultur in den Kommunen zu unterstützen und zu fördern?

114. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Weiterentwicklung des Stiftungs- und Stiftungssteuerrechts?
115. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Modernisierung des Vereinsrechts, um es an die Bedürfnisse des modernen Rechtsverkehrs anzupassen und für Bürgerinnen und Bürger, die sich in Vereinen engagieren, die Verfahrensabläufe und die Teilnahme am Rechtsverkehr zu erleichtern?
116. Welche positiven Effekte auf die Infrastruktur haben sich in den Austragungsorten der Fußball-WM 2006 ergeben?
117. Beabsichtigt die Bundesregierung auch zukünftig die Unterstützung von Kommunen bei der Bewerbung um und Ausrichtung von sportlichen Großereignissen?
118. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass der Sport bei Investitionen im Rahmen des Solidarpakts II angemessen berücksichtigt wird?
119. Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Investitionsbedarf für die Erhaltung und den Ausbau von kommunalen Sportstätten?
120. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Errichtung von Sportstätten für den Breitensport in den neuen Ländern und dem ehemaligen Ostteil Berlins sowie im übrigen Bundesgebiet?

VII. Europa und Internationales

121. In welchen Bereichen stärken und in welchen Bereichen belasten Maßnahmen der Europäischen Union die kommunale Selbstverwaltung?
122. Hält es die Bundesregierung für notwendig, die Kommunen stärker an dem Gesetzgebungsverfahren beziehungsweise an Stellungnahmen des Bundes zu Entwürfen von EU-Verordnungen und EU-Richtlinien, die wesentliche Belange von Kommunen berühren, zu beteiligen?
123. Wenn ja, in welcher Weise?
124. Wie viele Kommunen in Deutschland pflegen Städtepartnerschaften (aufgelistet nach einzelnen Kommunen und deren Partnerländer)?
125. Werden Aktivitäten der Städtepartnerschaften durch den Bund kofinanziert?
126. Wenn ja, in welcher Höhe?

VIII. Kommunen und Demokratie

127. Hält die Bundesregierung die bisherigen Mitwirkungsmöglichkeiten der Kommunen und ihrer Spitzenverbände bei der Bundesgesetzgebung für ausreichend, und wie begründet sie ihre diesbezügliche Auffassung?
128. Wie steht die Bundesregierung zu Forderungen, bei kommunalrelevanten Gesetzen ein verbindliches Anhörungsrecht für Kommunen einzuführen, und wie begründet sie ihre diesbezügliche Haltung?
129. Wie beurteilt die Bundesregierung das Spannungsverhältnis zwischen dem kommunalrechtlichen Öffentlichkeitsprinzip und der gesellschaftsrechtlichen Verschwiegenheitspflicht im Zusammenhang mit der Überführung von Verwaltungsaufgaben in privatrechtliche Organisationsformen?
130. Wie beurteilt die Bundesregierung die Geeignetheit des Handels- und Gesellschaftsrechts für Kapitalgesellschaften, die ausschließlich oder überwiegend in kommunalem Eigentum stehen?

131. Sieht die Bundesregierung insoweit gesetzgeberischen Handlungsbedarf?
132. Wie beurteilt die Bundesregierung die derzeitige Rechtslage bei privatisierten kommunalen Unternehmen hinsichtlich der grundsätzlichen Schweigepflicht der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder, selbst gegenüber dem Gemeinderat nach den §§ 116, 93 Abs. 1 Satz 2 AktG und § 52 GmbHG?
133. Sieht die Bundesregierung insoweit gesetzgeberischen Handlungsbedarf?
134. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass mit dem Verbot des Bundesdurchgriffs, das im Zuge der Föderalismusreform im Grundgesetz verankert werden soll, die Einführung des so genannten Konnexitätsprinzips überflüssig geworden ist, und wie begründet sie ihre diesbezügliche Auffassung?
135. Inwieweit und auf welche Art und Weise sind die Kommunen in die Programme des Bundes zum so genannten E-Government und E-Democracy eingebunden?
136. Wie wird das so genannte E-Government und E-Democracy von Kommunen bisher genutzt?
137. In welchen Bundesländern gibt es spezifische kommunalverfassungsrechtliche Regelungen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen?
138. Mit welchen Instrumenten bzw. in welcher Form und in welchem Ausmaß erfolgt die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in diesen Bundesländern?
139. Inwieweit werden die Belange von Kindern und Jugendlichen in bauplanungsrechtlichen Verfahren berücksichtigt?
140. In welchen Bereichen werden Kinder und Jugendliche vor allem beteiligt, und wie stellen sich die Erfahrungen auf Grund der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen dar?
141. Welche bundesweiten Projekte zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen existieren, und wie stellen sich die in diesem Zusammenhang gemachten Erfahrungen dar?
142. Gibt es darüber hinaus Pläne der Bundesregierung, die Kommunen bei der Heranführung Jugendlicher an demokratische Beteiligung in Kommunen zu unterstützen, und wenn ja, welche?
143. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die mit so genannten Jugendgemeinderäten gemachten Erfahrungen vor?

IX. Kommune und Integration

144. Welche kommunalen Integrationskonzepte sind der Bundesregierung bekannt und gibt es eine Evaluierung solcher Konzepte?
145. Welche spezifischen Probleme der Kommunen, insbesondere im Hinblick auf Kindertagesstätten bzw. Kindergärten sowie Schulbildung, sind der Bundesregierung hinsichtlich der Integration von Kindern und Jugendlichen bekannt?
146. Wie werden die von der Bundesregierung geforderten Sprachkurse für Migranten von den Kommunen umgesetzt?
147. Wie hoch sind die Kosten, die die Kommunen hierfür aufwenden?
148. Welche städtebaulichen Konzepte von Kommunen sind der Bundesregierung bekannt, die einer Gettoisierung von Migranten entgegenwirken und so einen Beitrag zur Integration leisten?

149. Welche Probleme der Kommunen sind der Bundesregierung hinsichtlich des Baus religiöser Stätten und der Nutzung von Räumlichkeiten zu religiösen Zwecken bekannt?
150. Wie schätzt die Bundesregierung insbesondere vor dem Hintergrund der jüngst bekannt gewordenen Vorfälle an einer Schule in Berlin-Neukölln die Möglichkeiten einer erfolgreichen Integration im Rahmen der Schulbildung ein?
151. Wie hoch liegt der Anteil von Einbürgerungen nach Ländern und Größe der Kommunen?
152. Erkennt die Bundesregierung zwischen der Zahl der Einbürgerungen und den Integrationskonzepten der jeweiligen Kommunen einen signifikanten Zusammenhang, und wenn ja, welchen?
153. In welchen Kommunen (nach Größe und Ländern) gibt es besonders viele ausländerfeindliche Straftaten und welche?
154. Sind der Bundesregierung Integrationskonzepte der Kommunen bekannt, die ein besonderes Augenmerk auf den religiösen Hintergrund der Migranten legen, und wenn ja, welche, und wie bewertet sie diese?

X. Kommune und Familie

155. Welche Bundesländer und Kommunen gelten als familienfreundlich, und welches sind die Hauptfaktoren, auf die sich die Familienfreundlichkeit stützt?
156. Wie soll die seitens der Mitglieder der Bundesregierung geforderte Beitragsfreiheit der Kindertagesstätten finanziert werden, und in welcher Höhe sind dadurch Belastungen der Kommunen zu erwarten?
157. Sind der Bundesregierung Angaben darüber bekannt, in welchen Kommunen und Bundesländern Eltern aus sozialen Gründen von den Beiträgen für Kindertagesstätten befreit sind?
158. Wie viele Betreuungsplätze in Kindertagesstätten stehen in den Bundesländern und Kommunen jeweils für Kinder unter drei Jahren, für Kinder ab drei Jahren und für Schulkinder in Krippe, Kindergarten und Hort zur Verfügung?
159. Deckt sich das Angebot mit dem tatsächlichen Bedarf, und inwieweit gibt es Unterschiede zwischen Angebot und Nachfrage innerhalb der jeweiligen Altersgruppen?
160. Wurden in den Bundesländern und Kommunen bereits Schritte zur Umsetzung des am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Tagesbetreuungsbaugesetzes (TAG) eingeleitet, und falls ja, wie viele zusätzliche Plätze für die Betreuung der Kinder unter drei Jahren wurden in den Bundesländern und Kommunen geschaffen?
161. In welchem Umfang wurden die Kommunen auf Grund der sog. Hartz-IV-Gesetzgebung entlastet?
162. Ist eine Anpassung der Beteiligungsquote des Bundes an den Unterkunftskosten erforderlich, und falls ja, in welcher Höhe?
163. Ist der Bundesregierung bekannt, inwiefern sich die Einrichtung von Ganztagschulen auf das Hortangebot auswirkt?
164. In welchen Bundesländern gibt es bereits Mehrgenerationenhäuser, und wie sieht deren Konzeption und Finanzierung aus?

165. Wie wird sich das Modellprogramm der Mehrgenerationenhäuser, wonach in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt ein Mehrgenerationenhaus geschaffen werden soll, auf bereits bestehende Mehrgenerationenhäuser auswirken?

Berlin, den 10. Mai 2006

Gisela Piltz
Ina Lenke
Patrick Döring
Gudrun Kopp
Dr. Max Stadler
Dr. Volker Wissing
Dr. Christel Happach-Kasan
Patrick Meinhardt
Frank Schäffler
Christoph Waitz
Martin Zeil
Jens Ackermann
Marina Schuster
Angelika Brunkhorst
Dr. Karl Addicks
Christian Ahrendt
Daniel Bahr (Münster)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Mechthild Dyckmans
Jörg van Essen
Horst Friedrich (Bayreuth)
Dr. Edmund Peter Geisen
Hans-Michael Goldmann
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Heinz-Peter Haustein
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Michael Kauch
Hellmut Königshaus
Dr. Heinrich L. Kolb
Jürgen Koppelin
Sibylle Laurischk
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Michael Link (Heilbronn)
Horst Meierhofer
Jan Mücke
Dirk Niebel
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Jörg Rohde
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Florian Toncar
Dr. Claudia Winterstein
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Dr. Guido Westerwelle und Fraktion